

Niederschrift

über die 10. Sitzung der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege am 20.08.2020, Kreishaus Siegburg, Raum A.1.16

Anwesende Mitglieder und Gäste: siehe Anwesenheitsliste der Sitzung vom 20.08.2020

Wesentliche Ergebnisse der Sitzung:

TOP 1 Begrüßung

Der Vorsitzende, Herr Schmitz, eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden zur 10. Sitzung der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege im Rhein-Sieg-Kreis (KKAP).

Herr Schmitz stellte die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest und bat die Mitglieder um Eintragung in die Anwesenheitsliste. Außerdem wies er auf die Möglichkeit der Erstattung der Fahrtkosten hin. Ebenfalls wurden die Anwesenden mit den geltenden Hygieneauflagen im Kreishaus vertraut gemacht.

Ergänzungen zur Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

TOP 2 Anerkennung der Niederschrift der neunten Sitzung vom 17.10.2019

Einwendungen oder Anmerkungen zur Niederschrift über die 9. Sitzung der KKAP wurden nicht erhoben. Die Niederschrift ist somit anerkannt.

TOP 3 Corona Pandemie im Rhein-Sieg-Kreis (Auswirkungen auf die pflegerische Infrastruktur)

Herr Schmitz entschuldigte den Leiter der Fachstelle COVID 19 im Rhein-Sieg-Kreis, Herrn Thomas, und übernahm den geplanten Input.

Einleitend erklärte Herr Schmitz wie sich die Situation rund um die Corona-Pandemie seit Februar diesen Jahres entwickelt habe. Dabei ging er u.a. ausführlich auf den eingerichteten Krisenstab, die Corona-Hotline, die Kontaktpersonenermittlung, die Schnittstellen Gesundheitsamt zum Sozialamt sowie die Umsetzung der Verordnungen und Richtlinien des Landes ein.

Frau Lübbert erläuterte daran anschließend die Situation in den Bereichen Heimaufsicht und Betreuungsbehörde. Vor allem die Heimaufsicht sei durch zusätzliche Aufgaben wie etwa Prüfung von Hygiene-/Besuchskonzepten, Beratungen zu

den häufig sehr kurzfristig veröffentlichten Vorgaben des Landes zum Umgang mit COVID 19 sowie umfangreicher Datenermittlung beansprucht worden. Regelprüfungen seien nach Vorgaben des Landes für mehrere Wochen ausgesetzt, anlassbezogene Prüfungen vor Ort nur in unaufschiebbaren Situationen durchgeführt worden. Auch die außendienstintensive Arbeit der Betreuungsstelle habe stark eingeschränkt werden müssen. Mit Schutzausrüstung und unter Beachtung von Hygienevorgaben seien die Außendiensttermine inzwischen wieder aufgenommen worden.

Herr Schmitz skizzierte den Aufbau und die Aufgaben der neu eingerichteten COVID-Fachstelle mit den Zuordnungen.

Frau Westig erkundigte sich, wo nach Ansicht der Verwaltung die größten Probleme in der Umsetzung der landes-/bundesrechtlichen Vorgaben zu sehen seien und wie evtl. durch die Bundespolitik unterstützt werden könne.

Herr Schmitz und Herr Liermann bemängelten vor allem fehlende bundeseinheitliche Regelungen, sowie die Kürze der Vorbereitungszeiten zwischen öffentlicher Bekanntmachung und Inkrafttreten neuer Regelungen. In Ausbruchsfällen, wie etwa dem Ausbruch des Virus in einer Pflegeeinrichtung, würden in jedem Bundesland andere Maßnahmen ergriffen. Ergänzend wurde die teils voreilige mediale Berichterstattung kritisiert, die nicht immer fachlich korrekt sei und höheren Verwaltungsaufwand durch Nachfragen aus der Bevölkerung zu Folge habe. Lobend erwähnten sie die überwiegend gute Kommunikation aller Beteiligten auf Kreisebene.

Frau Sommer und Herr Brungs bestätigten, dass die Zusammenarbeit auf Kreisebene gut funktioniere, die zur Verfügung gestellten Informationen seien hilfreich.

Auf Nachfrage von Frau Westig, wie die hohe Zahl an Vollzeitäquivalenten (VZÄ) in der COVID-Fachstelle besetzt sei, berichtete Herr Schmitz, dass das meiste Personal aus anderen Abteilungen des Gesundheitsamtes gestellt würde; vor allem durch Ärzte. Darüber hinaus seien jedoch auch aus diversen Ämtern der Kreisverwaltung Bedienstete in die Fachstelle abgeordnet worden. Weitere Bedienstete würden aktuell geschult, um im Falle einer zweiten Welle die schnelle Kontaktpersonenermittlung sicherstellen zu können.

Anmerkung: Ein Schaubild der Struktur der COVID-Fachstelle im Gesundheitsamt ist der Niederschrift beigelegt.

TOP 4 Pflegeplanung 2019

Frau Lübbert stellte Frau Becker als Erstellerin der Pflegeplanung 2019 vor und bedankte sich bei den Anwesenden für die vielen konstruktiven Stellungnahmen zur Entwurfsfassung der Pflegeplanung; sie verwies auf die mit der Einladung versandte Synopse.

Frau Lübbert stellte anhand einer Power-Point-Präsentation die wichtigsten Zahlen, Daten und Fakten sowie die Handlungsempfehlungen der Pflegeplanung 2019 vor.

Anmerkung: Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Sie wies darauf hin, dass weitere Entwicklungspotentiale bei der Anzahl an solitären Kurzzeitpflegeplätzen, dem Zusammenspiel aller Akteure im Entlass-Management sowie der Personalausstattung in der Pflege bestünden.

Frau Lübbert ergänzte, dass ein Gesetzesentwurf vorläge, der die Finanzierung von bundesweit bis zu 20.000 zusätzlichen Stellen für Pflegehilfskräfte vorsehe.

Ferner erläuterte Frau Lübbert, dass die im August 2018 in Kraft getretene Regelung hinsichtlich einer mindestens 80-prozentigen Einzelzimmerquote in den vollstationären Pflegeeinrichtungen noch keine negativen Auswirkungen auf die Versorgung in der Pflege gezeigt hätte. Es seien zwar in einigen Einrichtungen Doppelzimmerplätze abgebaut worden, dies habe aber durch die Inbetriebnahme neuer Einrichtungen und Plätze kompensiert werden können.

Herr Karad bedankte sich für die Vorstellung der Planung und merkte an, dass die in der Pflegeplanung 2019 beschriebene Situation mit seinen Erkenntnissen übereinstimme.

Er sehe den Fachkräftemangel als wichtigstes Handlungsfeld und regte an, sowohl den Gedanken der Gründung einer kreiseigenen Pflegeschule, als auch den einer gezielten Anwerbung von Arbeitskräften aus Bereichen, in denen zurzeit Personal abgebaut werde (z.B. aus dem Tourismus-/Flugbegleiterinnen-Bereich), in die weiteren Überlegungen aufzunehmen.

Zu bedenken gab er, dass die Pflegeplanung mit 200 Seiten zu umfangreich sei und dadurch in der Umsetzung bzw. in der politischen Diskussion auf Probleme stoßen werde.

Herr Schmitz (TÜV Nord) führte hierzu aus, dass alle vier Pflegeschulen im Kreisgebiet vor ähnlichen Problemen stünden. Diese seien neben Raumkapazitäten vor allem der Lehrermangel, langwierige Verwaltungsverfahren sowie strikte gesetzliche Vorgaben und offene Fragen in Zusammenhang mit der Einführung der Generalistik. Die Situation rund um die Corona-Pandemie habe die Situation verschärft. Den Gedanken einer kreiseigenen Pflegeschule wies er zurück, da dadurch die Probleme nicht gelöst würden.

Frau Lebrato wies ergänzend darauf hin, dass vor allem Verwaltungsverfahren im Bereich der Anerkennung von ausländischen Fachkräften ein großes Problem darstellen.

Frau Westig erklärte, dass sie die Thematik auf bundespolitischer Ebene einbringen wolle.

TOP 5 Sachstand zur Neukonzeption der Senioren- und Pflegeberatung im Rhein-Sieg-Kreis

Herr Schmitz verwies auf den aktuell laufenden Projektauftrag an die evangelische Hochschule RWL in Bochum in Verbindung mit dem Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik in Münster. Ein Zwischenergebnis sei der Verwaltung im April vorgelegt worden und habe ohne Änderungswünsche zur Kenntnis genommen werden können. Durch die Corona-Pandemie habe sich der Abschluss des Projektes um einen Monat verzögert. Darüber hinaus habe die Verfahrensbeilegung in Form von Gesprächsrunden mit Angehörigen durch eine Fragebogenaktion ersetzt werden müssen.

Frau Lübbert ergänzte, dass bisher noch nicht abzusehen sei, wie das fertige Beratungskonzept aussehen könne. Eine erste Vorstellung des Entwurfs sei für die nächste Sitzung der Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten Ende September geplant.

TOP 6 Mitteilung über die Entwicklung in der pflegerischen Infrastruktur

Herr Schmitz verwies auf die mit der Einladung übersandte Mitteilung über die sich seit der letzten Sitzung der KKAP im Oktober 2019 ergebenden Änderungen im Angebot der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen.

Auf die Frage von Herrn Karad, ob der Betrieb von Tagespflegen finanziell gesichert sei, wies Frau Lübbert auf das Alten- und Pflegegesetz hin, das eine Investitionskostenförderung für Tagespflegeeinrichtungen vorsehe, die durch den Rhein-Sieg-Kreis für alle Bürgerinnen und Bürger, die dieses Angebot in einer Tagespflegeeinrichtung in NRW nutzen, gezahlt würde. Frau Sommer berichtete aus ihrer Erfahrung, dass die Tagespflegen gut genutzt würden, wenngleich auch durch spontane Absagen teils Voll-Auslastungen ausblieben. Generell sehe sie die Tagespflegen als gelungene und vielseitig wahrgenommene Ergänzung zur häuslichen Pflege.

TOP 7 Verschiedenes

Herr Schmitz erinnerte an die erforderliche Neubesetzung des Gremiums im Zyklus der anstehenden Kommunalwahl. Die Verwaltung werde nach der Kommunalwahl das Wahlverfahren einleiten. Eine mögliche erste Sitzung des neuen Gremiums sei zu Beginn des 2. Quartals 2021 vorgesehen.

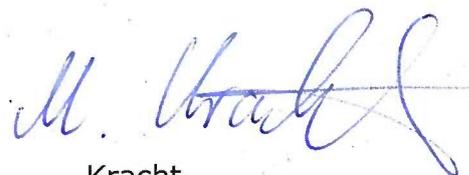
Ferner verwies er auf die nunmehr seit einigen Monaten aktive Heimfinder-App, welche gut angelaufen sei. Eine Information zum Heimfinder NRW liege aus und werde der Niederschrift beigelegt werden.

Frau Lübbert informierte über die geplante Neuauflage des Wegweisers für Seniorinnen und Senioren, welcher Ende 2020 veröffentlicht werden solle. Die Textüberarbeitung befinde sich bereits in der finalen Phase.

Herr Schmitz bedankte sich bei den Teilnehmern/innen und schloss die Sitzung der 10. Kommunalen Konferenz Alter und Pflege.



Schmitz
(Vorsitzender)



Kracht
(Schriftführer)